

Schulz(Bündnis90/Grüne):

Nein. Was Sie hier tun, ist, daß Sie einen Staatshaushalt finanzieren, ohne daß Sie ihn bisher vorgelegt haben, daß Sie im Grunde genommen das Volkseigentum einziehen und unter die Verfügungsgewalt des Ministerpräsidenten stellen, der dann im Grunde genommen seinen Staatshaushalt aus der Treuhand füllen kann. Und das ist schon ein Unterschied. Und Sie sehen den Unterschied allein daran, wie beispielsweise unser Nachbarland, die CSFR, diese Frage klärt. Dort hat allerdings das Bürgerforum gesiegt.

(Unruhe im Saal)

Und sie hat dieses Volkseigentum - ja, darin liegt der Unterschied, ich denke, sehr wohl, bloß deswegen müssen Sie sich trotzdem noch an Rechtmäßigkeit halten, und ich glaube, das war unser höchstes Ziel, mit dem wir angetreten sind, einen Rechtsstaat zu schaffen.

Und da geht es nicht, daß man hier die Verfassung als formaljuristisch abstempelt. Ich bitte Sie, daß ist das höchste Rechtskriterium, das wir haben, und jedes andere Gesetz muß sich daran messen lassen.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie weitere Anfragen?

Hauck (CDU/DA):

Ich möchte den Abgeordneten fragen, ob er sich schon einmal mit Marktwirtschaft auseinandergesetzt hat. Soziale Marktwirtschaft funktioniert nur mit Privateigentum, in jeder Beziehung, und ich verstehe nicht, wie solche Argumente hier aufkommen können. Entweder wir sagen ja zur Marktwirtschaft, oder wir sagen nein. Ich hatte schon die Frage gestellt und muß feststellen, daß von Ihnen nur diese negative Tendenz über die Marktwirtschaft hereingetragen wird.

(Unmutsäußerungen beim Bündnis 90/Grüne)

Wir müssen ja auch Farbe bekennen.

Schulz (Bündnis 90/Grüne):

Also jetzt zwingen Sie mich wirklich zur Polemik, denn ich muß rückfragen, was Sie von der Marktwirtschaft verstanden haben? Wenn man dem Bürger eine Kapitalteilhaberkunde gibt vom Volkseigentum, die kann man natürlich auch staatlich wieder beleihen, als Staatsanleihe, wenn man eine Kapitalteilhaberkunde gibt, dann ist das nichts anderes als Privatisierung, allerdings eine liberale Privatisierung.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch zwei weitere Fragen?

Frau Jaffke (CDU/DA):

Ich möchte, daß sich die erhitzten Gemüter wieder etwas beruhigen.

(Beifall bei CDU/DA)

Ich möchte zum allgemeinen parlamentarischen Verständnis Sie fragen, Herr Abgeordneter. Sie sprachen gerade vom Haushalt dieses Landes und unterstellen ihn der Hoheit des Ministerpräsidenten! Gehen Sie mit mir einig in dem Verständnis, daß

der Haushalt dieses Landes sehr wohl diesem Hause untersteht und nicht dem Ministerpräsidenten.

(Nicht zu verstehende Zurufe)

Also, die Gelder verteilen wir doch wohl in diesem Lande!

(Gelächter bei der PDS)

Schulz (Bündnis 90/Grüne):

Aber Sie können doch nicht das Vermögen der Bürger einfach einkassieren. Es wäre ein Unding, wenn der verschuldete Haushalt der Bundesrepublik dafür die Betriebe schröpfen würde. Stellen Sie sich das doch einmal im umgedrehten Falle vor. Sie nehmen doch Privateigentum weg.

(Gelächter bei CDU/DA)

Aber natürlich! Ich bringe Ihnen das. Sie können lachen und sich empören wie Sie wollen. Ich mache Ihnen das in einer einfachen Rechnung deutlich.

Nach dieser Währungsunion oder Währungsumstellung wird es ein Pro-Kopf-Sparguthaben pro Bürger der DDR von 8 000 DM geben, im Verhältnis zur Bundesrepublik, wo jeder Bürger 42 000 DM hat. Nun kann man sagen: Daran sieht man unsere Armut. Aber daran sieht man eigentlich auch, daß ein Großteil der Vermögens unserer Bürger in dieser Treuhand steckt. Und das darf dieser Staat nicht zur Finanzierung seiner Haushaltskasse benutzen. Das ist doch der springende Punkt!

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Sie können sich an den Kopf fassen, wie Sie wollen, Herr Goldhahn.

(Unruhe und Heiterkeit im Saal)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, wollen Sie noch zwei letzte Fragen beantworten?

(Schulz, Bündnis 90/Grüne: Nein)

Sie wollen nicht mehr.

(Unruhe und unverständliche Rufe im Saal)

Eine Minute...

Ich möchte bitte sagen, diese Zeit wird gestoppt, und die Anfragen kamen hinterher. Der Abgeordnete hat drei Minuten gesprochen. Herr Nooke hat noch zwei Minuten.

Nooke (Bündnis 90/Grüne):

Frau Präsidentin, ich werde die Zeit wohl nur nutzen können, mich bei Ihnen noch einmal zu bedanken, daß Sie mich haben reden lassen, obwohl ich nicht auf Sie gehört habe. Ich danke Ihnen, daß Sie mir jetzt noch einmal die Gelegenheit gegeben haben, das hier zu sagen. Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, daß wir doch auch konstruktiv etwas an dem Gesetz ändern können. Aber wir sollten uns überlegen, ob wir das unter Nötigung oder unter Zeitdruck tun oder ob wir uns noch einmal zusammensetzen im Wirtschaftsausschuß und in den anderen Ausschüssen und die konkreten Punkte, über die wir hier den politischen Dissens, wie es gerade war, haben, sondern wo wir wirklich noch zusammen das besser machen wollen, ob wir uns da nicht noch einmal zusammensetzen wollen.

Denn es ist zur Zeit wirklich so, daß nicht geklärt ist, was republikunmittelbar heißt. Mit der Haushaltsordnung ist doch der direkte Durchgriff des Finanzministers oder eben des gesamt-